

Eichenberger

Ade Zwangsmiliz, hallo Freiwillige

Der Bestand der Armee sei gefährdet, weil es zu viele Zivildienstler und «Abschleicher» gebe. Deshalb soll der Zivildienst unattraktiver und sollen die Abschleicher abgestraft werden. Doch das treibt die Schweizer Männer nicht zurück in den Militärdienst, sondern in den Vollausstieg aus der Dienstpflicht über den «blauen Weg» und die Untauglichkeit.

Politik und Armee müssen endlich der Wahrheit ins Auge schauen: Die Wehrpflicht ist ein Auslaufmodell. Die Schweizer Männer stehen heute in Beruf und Studium in harter Konkurrenz zu Ausländern und Frauen und stellen nur noch eine kleine Minderheit dar. Bei den 30- bis 35-Jährigen ist der Ausländeranteil heute über 40 Prozent, entsprechend der Anteil der Schweizer Männer unter 30 Prozent. Wenn ungleich behandelte Minderheiten ihren Lasten ausweichen, ist das wenig überraschend.

Darauf wurde schon lange, aber falsch reagiert. Mit den letzten Armeeformen wurde die Dienstlast weg von den politisch einflussreicheren Älteren und ihren Arbeitgebern auf die ganz Jungen verschoben. Die faktische Dienstaltersgrenze für Soldaten sank von 42 auf rund 27. Dadurch wurde der Bestand der Armee etwa getrielt. Weil aber die Pflichtdiensttage pro Mann nur wenig sanken, blieben die insgesamt geleisteten Dienstage und so die volkswirtschaftlichen

Kosten etwa konstant. Zugleich wurde das Verhältnis von teurer Grundausbildung und effektiver Dienstzeit immer ungünstiger. Zudem ist die Kampfkraft von so jungen Truppen eingeschränkt.

«Politik und Armee müssen endlich der Wahrheit ins Auge schauen»

Für die Schweiz gibt es deshalb nur eine sinnvolle Armeeform: die freiwillige Miliz. Die Frei-

willigen werden anständig entschädigt und leisten ihren Dienst in kurzen Kursen. Als Freiwillige dienen die überdurchschnittlich Motivierten. Sie sind leistungsorientierter und lernwilliger und leisten zumeist über lange Jahre Dienst. Das macht die Truppe militärisch stärker und fördert die Verbundenheit von Volk und Militär, die Bildung wertvoller Netzwerke sowie den Transfer ziviler Fähigkeiten.

Eine freiwillige Miliz ist volkswirtschaftlich günstiger und militärisch stärker als eine Zwangsmiliz oder eine Berufsarmee. Die Kosten sinken dank kleineren Beständen, weniger jährlichen Diensttagen, höherer Effizienz und weil dank der langjährigen Dienstleistung jährlich viel weniger Personen die teure Grundausbildung durchlaufen müssen.

Selbstverständlich gäbe es in der Schweiz mehr als genügend bestens qualifizierte Freiwillige. Bei einem Bestand von 50000 Mann und Frau und einer Durchschnittsdienstzeit von 20 Jahren müssten pro Jahrgang nur 2500 Freiwillige rekrutiert werden, das heisst, weniger als jede/r dreissigste Schweizer oder Schweizerin. Zudem könnten viele später eingebürgerte Schweizer für den Dienst gewonnen werden.

Natürlich braucht der Aufbau einer freiwilligen Miliz Zeit. Aber wir können sofort damit beginnen: Die Armee soll den guten Soldaten, die ihre Dienstpflicht abgeleistet haben, ein Bleibeangebot als Freiwillige machen. Dann wäre das Bestandesproblem sofort gelöst. Danach könnte die Freiwilligkeit sukzessive aus- und der Zwang abgebaut werden.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg (Schweiz). Er hat 1991 im Auftrag der Schweizer Armee das Konzept einer freiwilligen Miliz entwickelt.

Die andere Sicht von Peter Schneider



Russlands Präsident Wladimir Putin während einer Fragestunde im russischen Fernsehen

Foto: AFP

Firmen, die Teilzeitmitarbeiter benachteiligen, schiessen sich ins Knie

Schon ein 90-Prozent-Pensum vermindert die Chance, Karriere zu machen.

Diese Fixierung auf Vollzeitmitarbeiter ist auch für die Unternehmen schädlich, findet **Peter Burkhardt**

In ihren Sonntagsreden versprechen die Arbeitgeber gerne, dass sie Teilzeitarbeit und das Arbeiten im Homeoffice fördern wollen. «Work-Life-Balance», Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, heisst das im Slang der Personalabteilungen.

Die Realität sieht anders aus: Nur wer 100 Prozent arbeitet, hat bei Schweizer Unternehmen Chancen, auf höhere Positionen befördert zu werden. Das zeigt eine neue Studie der Universität St. Gallen. Betroffen sind nicht nur Mitarbeiter mit tiefen Pensum, wie man bisher annahm, sondern sogar solche, die 90 Prozent arbeiten – also nahezu Vollzeit. Damit müssen sich

Peter Burkhardt,
Wirtschaftschef



all jene Mitarbeiter verschaukeln, die sich auf die Ankündigung in der Stellenausschreibung verlassen, sie hätten es mit einem besonders fortschrittlichen Unternehmen zu tun.

Speziell von der Benachteiligung betroffen sind Frauen. Die Aussicht auf Beförderung und Weiterentwicklung im Beruf ist der Grund, warum sich viele überwinden, ihr Pensum von 50 bis 60 Prozent auf 80 Prozent hochzuschrauben, sobald es die Familiensituation zulässt. Oft müssen sie dazu vom Vorgesetzten intensiv ermutigt und bearbeitet werden. Wenn sie später merken, dass ihnen die Karriere auch mit einem

hohen Pensum verwehrt wird, werden sie geradezu animiert, auf ihren tiefen Pensum zu bleiben und so auch noch etwas von ihren Kindern zu haben.

Das ist kontraproduktiv für die Unternehmen. Sie verzichten auf ein ungeahntes Potenzial, wenn nicht die Leistung das Hauptkriterium für eine Beförderung ist, sondern das Pensum ihrer Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter.

Ein Beitrag zur Lösung wäre, von einer Präsenzkultur zu einer Ergebniskultur zu wechseln. Also: Nicht die im Büro verbrachte Zeit zählt, sondern das Resultat. Ob in Teil- oder Vollzeit, sollte keine Rolle spielen. **Wirtschaft — 29**

Amerikas kalter Bürgerkrieg wird heiss

Nach der Attacke auf republikanische Parlamentarier könnte es noch schlimmer kommen, befürchtet **Martin Suter**

Der erbitterte politische Kampf um die Präsidentschaft von Donald Trump mündete in terroristische Gewalt. In Alexandria bei Washington zielte ein Anhänger von Bernie Sanders mit dem Sturmgewehr auf republikanische Kongresspolitiker beim Baseballspiel. Nur die selbstlose Gegenwehr zweier Polizisten verhinderte ein Blutbad.

Der versuchte Mord setzt politische Gewaltfantasien um, von denen es in den letzten Wochen und Monaten immer mehr gab. Um die Welt ging das Foto der Komödiantin Kathy Griffin mit einem abgeschnittenen Trump-Kopf. In New York wird auf der Shakes-

Martin Suter,
US-Korrespondent



peare-Bühne ein Julius Caesar blutig abgestochen, der wie Trump aussieht. Insgesamt haben bisher über ein Dutzend Kulturschaffende mit imaginierten Trump-Tötungen um den Applaus von Fans gebuhlt.

Ist politische Gewalt symbolisch einmal so akzeptiert, werden sich haltlose Fanatiker zu realen Taten hinreissen lassen. Es ist daher höchste Zeit, die überhitzte Anti-Trump-Rhetorik abzukühlen.

Der neue Präsident hat selbst auch zur Eskalation beigetragen. An Wahlkampfveranstaltungen stachelte er Anhänger zu Tätlichkeiten gegen Protestierende an, indem er ihnen die Anwaltsrech-

nungen zu zahlen versprach. Doch seit Trumps Wahl ist Gewalt vor allem bei seinen Gegnern in Mode.

Und zwar nicht nur verbal. Die linke Seite ist immer weniger willens, abweichende Meinungen anzuhören. An Universitäten werden konservative Redner mit Gewalt vom Podium ferngehalten. Gegen republikanische Parteigänger des «Verräters» und «Faschisten» Trump ist Gewalt legitim, glauben viele.

Sie spielen mit dem Feuer. Der kalte Krieg von Politikern, Anwälten und Journalisten gegen Donald Trump kann leicht in einen heissen Konflikt ausarten. Man muss um den Frieden im Land zittern.